

Wie sich CDU Landrat und die Gemeinde Jamel/Gägelow mit den Interessen von Neonazis gemein machen und versuchen ein Festival für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu verhindern.

Jamel rockt den Förster 2025

Hintergrund zu Jamel rockt den Förster, die Geschichte

Das Dorf Jamel ist von Neonazis gezielt als „nationalsozialistisches Musterdorf“ besiedelt worden. Das Festival bedeutet seit 2007 Gegenwehr gegen diese Vereinnahmung und soll den Nazis demonstrieren, dass ihnen „demokratischer Gegenwind“ entgegen bläst.

Horst und Birgit Lohmeyer – er Musiker, sie Schriftstellerin – übernahmen 2004 den idyllisch am Waldrand gelegenen Forsthof Wismarer Umland. In den folgenden Jahren zogen mehrere Nazifamilien nach Jamel und begannen, das Dorf nach ihrem völkischen Ideal zu prägen, Andersdenkende zu drangsalieren und zu verfolgen.

In 2007 beschlossen die beiden Lohmeyers mit öffentlichen Veranstaltungen gegen die Abschottung des Dorfes vorzugehen und öffneten in diesem Jahr u. a. zum ersten Mal die Pforten ihres Forsthofes für Musikinteressierte. Das Open Air Festival unter dem Motto „Rockmusik für Demokratie und Toleranz“ versammelte Bands der regionalen und überregionalen Musikerszene auf der großen Waldbühne vor Publikum aus dem gesamten Landkreis.

In 2015 kulminierten die Angriffe auf die beiden Demokratieaktivist:innen in der Brandstiftung an ihrer großen Scheune. Spontan gaben daraufhin die Toten Hosen ein Benefizkonzert auf dem Festival der Lohmeyers. Seither lockt das ehrenamtlich organisierte, nicht-kommerzielle Festival in jedem Sommer – mit den Größen der deutschen Musikszene und spannenden Newcomerbands – 3500 Besucher:innen nach Jamel und dokumentiert, für was die Veranstalter:innen einstehen: „Mecklenburg bleibt bunt“.

Das Zielpublikum von „Jamel rockt den Förster“ besteht in erster Linie aus politikinteressierten Demokratieförder:innen. Insofern ist das Festival nicht vergleichbar mit kommerziellen Musikfestivals. So wird das Line up bis zum Festivaltermin nicht bekannt gegeben, damit alle, die nicht nur

an den fantastischen Bands, sondern auch an der politischen Aussage des Festivals interessiert sind, die Chance hatten, Tickets zu bekommen. Dieses Konzept ist aufgegangen! In den letzten Jahren haben Musiker:innen wie Die Toten Hosen, Die Ärzte, Herbert Grönemeyer, Fanta4, Fettes Brot, Max Herre, Thees Uhlmann, Samy Deluxe, Deichkind, Casper, Marteria, Danger Dan, Igor Levit, Kreator, Kraftklub, Juli und viele mehr, mit ihren LIVE - Auftritten das Anliegen von Horst und Birgit Lohmeyer unterstützt und sich solidarisch mit ihnen erklärt. Auch in diesem Jahr sind prominente Musiker:innen der Einladung gefolgt und werden an beiden Tagen im Garten des Forsthofes auftreten.

Ein kurzer Abriss der aktuellen Ereignisse:

Das Festival "Jamel rockt den Förster" (JrdF) musste erstmalig als politische Versammlung angemeldet werden um sich gegen die Versuche der Gemeinde zu wehren, mit einer willkürlichen und unverhältnismäßigen Pacht Steine in den Weg zu legen. Langfristig möchte die Gemeinde versuchen, die für das Festival benötigten Flächen umzuwidmen, ggf längerfristig zu verpachten, um das Festival langfristig zu verhindern.

Zur Einordnung: Die Gemeinde verlangt von JrdF eine Nutzungsgebühr in Höhe von 0,70 € pro qm. Am Anfang stand somit eine Summe in Höhe von 11.500 € für 4 Wochen im Raum. Nachdem die Verhältnismäßigkeit angezweifelt wurde, da eine der Fläche (Dorfwiese) seit Jahren an einen der Dorfbewohner mit einer Pacht in Höhe von 60 € für insgesamt 11 Monate vergeben wird.

Danach hat die Gemeinde im April diesen Jahres ein Nutzungsvertrag vorgelegt, wo die Dorfwiese explizit ausgeklammert wird. Die Gebühr beläuft sich somit jetzt auf 7.870 €.

Die Versammlungsbehörde hat von vorne herein in Gesprächen deutlich gemacht, dass sie die Versammlung eigentlich nicht sehen und haben möchten. Somit wurde erklärt, dass eine Versammlung auf den "privaten Flächen der Gemeinde" nicht umsetzbar sei. Des weiteren haben sie erklärt, dass ein kommerzielles Festival natürlich keine Versammlung sei. Im Kern richtig, nur dass es sich bei JrdF nicht um eine kommerzielle Veranstaltung handelt, sondern von einem gemeinnützigen Verein betrieben wird.

Erst das VG Schwerin hat festgestellt, dass der Charakter der Veranstaltung ganz klar dem Charakter einer politischen Versammlung entspricht.

Danach hat die Versammlungsbehörde zwar nicht mehr die Versammlung in Frage gestellt, aber es war klar, dass sie die Versammlung mit sehr harten Auflagen versehen wollen, um klarzumachen, dass die Auflagen gar nicht umzusetzen sind. Es wurde somit mit einem generellen Glas- und Alkoholverbot, einer unverhältnismäßigen Anzahl von Ordnern (1 Ordner pro 40 Teilnehmer:innen) und anderen schikanösen Auflagen bedacht.

Interessant ist, dass der Landrat bereits bevor Beendigung der Kooperationsgespräche und somit bevor die Auflagen verfasst und an uns geschickt wurden, in der Presse wider besserem Wissens kolportiert, das JrdF natürlich wie jede andere Versammlung auch mit einem generellen Alkoholverbot versehen werden. Dass ein generelles Alkoholverbot nicht beauftragt werden darf, sondern dass die Versammlungsbehörde diese Auflage im Einzelfall begründen muss, wurde nicht bedacht. Dass seit 2007 keine nennenswerten Fälle von Ausschreitungen, Gewalttätigkeiten, oder anderen Delikten die von den Besucher:innen ausgehen dokumentiert wurden und die Polizei Wismar auch für dieses Jahr "keine besonderen Vorkommnisse" prognostiziert hat, spricht eigentlich eine sehr deutliche Sprache. Jedoch nicht für die Versammlungsbehörde.

Nachdem das VG Schwerin nach einer Beschwerde des JrdF, in einem sehr deutlichen Beschluss einen Teil der Auflagen (u.a. Glas- und Alkoholverbot) gekippt und andere (Ordnerzahl von 40: 100 auf 1:100) geändert hat, hat die Versammlungsbehörde, der Landrat und die CDU Nordwestmecklenburg eine regelrechte Kampagne gegen das Gericht, den Richter und die Lohmeyer gefahren.

Der Landrat hat sofort angekündigt gegen den Beschluss des Gerichts, den er als Beeinflussung durch die Landesregierung diskreditiert, Beschwerde beim OVG einzulegen. Die Beschwerde hat er am 06.08. den letzten Tag der Beschwerdefrist eingelegt. Die Argumente sind kaum stichhaltiger, als die vorherigen.

Zeitgleich hat die Behörde angekündigt neue Auflagen zu erlassen. So zum Beispiel ein Alkoholverbot nur noch am 22. und 23.08., eine

Erhöhung der Ordnerzahl und auf einmal sind die benötigten Flächen schutzbedürftig, da der Molch dort wandert ...

Nachdem der von der Gemeinde vorgelegte Nutzungsvertrag per Gericht angezweifelt wurde, hatte das Gericht per Beschluss mitgeteilt, dass JrdF den Vertrag erst einmal unterzeichnen und die geforderten Gebühren zahlen müssen. Das Gericht würde dann in einem Hauptsacheverfahren urteilen, ob die Gemeinde überhaupt eine Gebühr verlangen darf und ob die willkürlich festgesetzte Gebühr iHv 0,7 € pro qm, ohne vorhandene Gebührenordnung, verhältnismäßig ist. Das Urteil ist nur zustande gekommen, da die Gemeinde dem Gericht gesagt hat, dass sie weiterhin willens ist den Vertrag abzuschließen.

Nach dem Beschluss wurde der Vertrag von JrdF gezeichnet und der Gemeinde vorgelegt. Als der Vertrag nicht gegengezeichnet zurückgekommen ist, hat der Anwalt des Festivals die Gemeinde angemahnt. Die Gemeinde hat nicht reagiert.

Am 01.08. wurde dann ohne den gegengezeichneten Vertrag vorliegen zu haben die Gebühr und die Kautions überwiehen, u.a. auch, um gegen das Narrativ vorzugehen, dem Festival geht es nur um eine Gewinnabsicht und man wolle "aus dem Grund und über den Weg der Versammlung die Pacht sparen".

Die überwiesenen Beträge sind am Folgetag unkommentiert zurücküberwiesen worden. Daraufhin wurde die Gegenseite angemahnt und die Gemeinde erklärte, dass sie nur den Vertrag unterzeichnen würden, wenn man von möglichen Rückforderungsabsichten und von der rechtlichen Überprüfung abrücken würde.

Und wieder musste das Gericht bemüht werden. Dieses hat klargestellt, dass die Gemeinde treuwidrig und verboten handelt und den Vertrag abschließen müsse und JrdF nicht daran hindern dürfe die Flächen zu betreten.

Nun hat der Anwalt der Gemeinde mitgeteilt, dass er den Empfang des Beschlusses des VG Schwerin erst später bestätigen kann, da er im Urlaub sei. Das würde bedeuten, dass die Gemeinde wieder behaupten könnte, dass am 11.08. bei Beginn der Vorbereitungsarbeiten die Gemeindeflächen nicht betreten werden dürfen. Was natürlich gegen den Beschluss sprechen würde und wieder ein unlauterer Versuch ist.

Nicht der letzte Versuch des Landrats und der Versammlungsbehörde weitere Schikanen zu erdenken um JrdF zu verhindern und zu diskreditieren.

Gemeinderatsmitglied und mehrfach vorbestrafter Neo-Nazi Sven Krüger hingegen arbeitet mit weniger subtilen Methoden gegen das geplante Festival:

<https://www.facebook.com/reel/640497148432458>

Hierzu auch ein kurzer Hintergrund:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Sven_Kr%C3%BCger_\(Neonazi\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Sven_Kr%C3%BCger_(Neonazi))

<https://taz.de/Gemeinderatssitzung-in-Jamel/!6072101/>

Erstes Medienfeedback:

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/jamel-rockt-den-foerster-festival-gegen-rechts-siegt-vor-gericht-ueber-gemeinde-gaegelow-a-3b98c6d2-db0c-4d30-8b21-ee03dc3de373>

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/interviews/jamel-rockt-foerster-politikwissenschaftler-zum-vorwurf-der-cdu,mvinterview-160.html>

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vg-schwerin-3b235725sn-jamel-rockt-den-foerster-streit-bier-eskaliert>